

Flucht vorbeugen. Migration steuern. Zusammenleben gestalten.

Strategiepapier sozialdemokratischer Innenpolitik im Bereich Flucht, Migration und Integration

Deutschland ist eine offene Gesellschaft. Zusammenleben in Vielfalt ist eine Daueraufgabe jeder Gesellschaft. Sozialdemokratische Innenpolitik stellt dieses Miteinander in den Mittelpunkt. Flucht und Migration sind weltweite Tatsachen. Verzweiflung und Hoffnung sind ihre Motoren. Gegen diese Kräfte helfen keine Mauern, keine Zäune, keine Beschwörungen, keine Repressionen. Wir wollen sie so steuern, dass niemand an unseren Grenzen oder auf dem Weg dahin zu Schaden kommt. Wir wollen sie so gestalten, dass sie den Geflüchteten sowie den Migrantinnen und Migranten, den Herkunftsländern und uns als Aufnahmegesellschaft gleichermaßen nutzt.

Kernbotschaften im Bereich Flucht und Migration

- **In der Flüchtlingspolitik plädieren wir für einen humanitären Realismus.** Wir wollen Fluchtursachen bekämpfen, nicht Flüchtlinge. Wer des Schutzes bedarf, soll ihn nach Maßgabe unserer Gesetze erhalten. Wer keinen Schutz erhält, muss schnell zurückgeführt werden; für diese Menschen ist nicht Asyl, sondern legale Einwanderung, z. B. über das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, der richtige Weg. Wir können diese Fragen nicht in Deutschland allein lösen. Deshalb arbeiten wir weiter für ein echtes Gemeinsames Europäisches Asylsystem.
- **Deutschland ist ein Einwanderungsland und ist auf qualifizierte Einwanderung angewiesen.** Das muss in transparenten und rechtssicheren Verfahren ablaufen; zu diesem Zweck haben wir das Einwanderungsgesetz geschaffen. Darüber hinaus arbeiten wir für ein europäisches Einwanderungsrecht, das die unterschiedlichen Belange der Mitgliedstaaten hinreichend berücksichtigt. Eine koordinierte, zeitgemäße Einwanderungspolitik der EU bestimmt über unseren künftigen Wohlstand.

Kernbotschaften im Bereich Integration

- **Integration bedeutet für uns gutes Zusammenleben.** Dieses funktioniert in Deutschland insgesamt gut, bleibt aber für uns alle eine Daueraufgabe. Dafür setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten immer auf die Kraft der vielen und stellen uns Ignoranz, Egoismus sowie Hass und Hetze entgegen. Wir tun dies mit Mut, Kraft und Verantwortung.
- **Integrationspolitik auf Sozialdemokratisch heißt: Politik für alle.** Alle Menschen in Deutschland sollen sich wahrgenommen fühlen. Alle verdienen es, anständig behandelt zu werden. Ein gutes Miteinander gelingt, wenn sich alle, ob alteingesessen oder neu hinzugekommen, an Regeln und Gesetze halten und die Wertvorstellungen unseres Grundgesetzes teilen. Der Rechtsstaat muss so handlungsfähig ausgestattet sein, dass er die gemeinsamen Spielregeln durchsetzen kann.
- **Freiheit und Sicherheit bedingen sich gegenseitig.** Wir müssen unsere Freiheit verteidigen und für umfassende Sicherheit im Rahmen unserer freiheitlichen Grundordnung sorgen. Egal ob im Stadtpark, im Flüchtlingsheim oder auf der Kölner Domplatte, alle sollen sich frei bewegen und ohne Angst ihren Alltag bestreiten können.

- **Die SPD arbeitet an einem attraktiven Zukunftsentwurf für alle Menschen in Deutschland.** Bedürftige – ganz gleich, ob sie hier geboren und aufgewachsen oder erst kürzlich in unser Land gekommen sind – dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ob Arbeitsplätze, Wohnungen oder staatliche Leistungen – die Ärmsten und Schwächsten sollen nicht miteinander konkurrieren.

15 Projekte, an denen wir arbeiten *

Konkrete Vorhaben im Bereich Migration

1) Seenotrettung jetzt!

Wir wollen ein Seenotrettungsprogramm der EU nach Maßgabe der italienischen Operation „Mare Nostrum“ (2013–2014), um das Sterben der flüchtenden Menschen im Mittelmeer zu beenden. Dabei werden auch Regeln für die Aufnahme der geretteten Menschen durch die EU-Staaten getroffen. Bis zu einer solchen Lösung unterstützen wir verbindliche Ausschiffsregeln und einen sofortigen Hilfs- und Verteilungsmechanismus, der unwürdige Hängepartien bei jeder Rettungsaktion verhindert und Verlässlichkeit schafft.

2) Familien gehören zusammen

Wir haben das Grundrecht auf Einheit der Familie gegen unseren Koalitionspartner verteidigt. Wir wollen allen Schutzberechtigten das Zusammenleben mit ihren Familienangehörigen ermöglichen. Familien muss das Zusammenleben in Deutschland bedingungslos ermöglicht werden, wenn sie schutzbedürftig sind. **Eltern sollen sich nicht länger zwischen ihren Kindern in Herkunfts- oder Transitländern und in Deutschland entscheiden oder aufteilen müssen.**

3) Qualität in den Asylverfahren sicherstellen

Wer in Deutschland bleiben darf und wer in sein Heimatland zurückkehren muss, soll schnell und rechtssicher entschieden werden (Richtwert: innerhalb von 3 Monaten ab dem Datum der Einreise). **Dazu wollen wir eine flächendeckende unabhängige Asylverfahrensberatung bis zum Ende der laufenden Wahlperiode des Deutschen Bundestages umsetzen.** Sie kann einen Beitrag dazu leisten, die Klagequote zu senken. Sie hilft dabei, dass alle relevanten Informationen schon zu Beginn des Verfahrens auf den Tisch kommen. Dafür benötigen die Wohlfahrtsverbände Zugang zu Aufnahmeeinrichtungen sowie eine angemessene Ausstattung mit Räumlichkeiten, Sach- und Personalmitteln. Ziel muss es sein, die Anzahl der Asylklagen massiv zu senken.

Bei Bedarf und sofern sinnvoll einsetzbar sollten wir von einem System der eindeutigen elektronischen Identitätsfeststellung und Registrierung Gebrauch machen, dessen Datensätze auch zwischen Staaten und unterschiedlichen staatlichen Ebenen austauschbar sind. Hinsichtlich des Asylsystems drängen wir auf einen baldigen Gesetzentwurf zur Beschleunigung, Vereinfachung und Vereinheitlichung von Asylklageverfahren.

4) Kooperation mit Herkunftsstaaten

Wir wollen schnellstmöglich mit allen Hauptherkunftsstaaten Rücknahmeübereinkommen abschließen. Dabei setzen wir auf Kooperation. Für eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Bereich der Rückkehr wollen wir auch positive Anreize im Bereich der legalen Migration finden.

* Alle geplanten Ausgaben werden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel getätigt.

5) Wer arbeitet, darf hierbleiben

Auch im Bereich der Duldungen plädieren wir für mehr Realismus. Sogenannte **Kettenduldungen wollen wir beenden**. Wenn eine Ausreise und Rückkehr in die Heimat aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen nicht zu erwarten ist, wollen wir über Integration und Anstrengung eine Möglichkeit auf einen dauerhaften Aufenthalt bieten. Wir wollen im Rahmen einer **Altfallregelung mit Stichtag** ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Ausländerinnen und Ausländer, die schon Teil unserer Gesellschaft geworden sind und ihren Lebensunterhalt selbst erarbeiten. Durch eine solche Regelung wollen wir den geduldeten Menschen und auch den Arbeitgebern, deren dringend benötigte Arbeitskräfte häufig von Abschiebung bedroht sind, Sicherheit bieten. Wer in Deutschland mit einem Schul-, Berufs- oder sonstigen Bildungsabschluss begonnen hat, soll diesen Bildungsweg auf jeden Fall beenden können.

6) Freiwillige Ausreise und Hilfen zum Neuanfang vor Abschiebung

Diejenigen, die kein Aufenthaltsrecht in Deutschland erhalten, sollen schnell in die zuständigen EU-Staaten oder in ihre Heimatländer zurückkehren, sofern sie nicht unter die Altfallregelung fallen. **Das vorrangige Ziel muss die freiwillige Ausreise sein**. Hierzu wollen wir die Rückkehrberatung ausbauen und zielgerichtet aufklären und informieren. Bestehende Hindernisse, z. B. bei der Identitätsfeststellung, dem Aufnahmewillen der Herkunftsländer und der Passersatzbeschaffung, wollen wir weiter verringern.

7) Neue Aufnahmeprogramme für Bürgerkriegsflüchtlinge

Wir benötigen neue und umfassende Aufnahmeprogramme mit angemessenen Kontingenten als geordneten, gesteuerten Weg, insbesondere für Bürgerkriegsflüchtlinge sowie Gewalt- und Folteropfer. Auf diese Weise können wir **legale und ungefährliche Zugangswege schaffen** sowie in kriegsbedingten Krisensituationen das Asylsystem und insbesondere das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) entlasten. Außerdem wollen wir über die bereits bestehenden Instrumente des § 22 des Aufenthaltsgesetzes hinaus die Möglichkeit prüfen, dass Bedürftige in besonders gelagerten Ausnahmesituationen mit einem humanitären Visum einreisen können, um einen Asylantrag zu stellen.

8) Für ein solidarisches und arbeitsteiliges Gemeinsames Europäisches Asylsystem

Die EU-Staaten sollen ihre Stärken einbringen, um zum gemeinsamen Ziel einer geordneten und funktionierenden Asyl- und Migrationspolitik beizutragen, die den europäischen und internationalen humanitären Standards gerecht wird. Wir erarbeiten konkrete Vorschläge für ein arbeitsteilig organisiertes Gemeinsames Europäisches Asylsystem (GEAS), die wir spätestens zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft von Juli bis Dezember 2020 in die politische Diskussion einbringen werden. Wir wollen dabei die europäischen Außengrenzen wirksam kontrollieren und die Europäische Grenz- und Küstenwache schnellstmöglich mit einem stehenden Kontingent von mindestens 10 000 Beamten der EU-Staaten ausstatten. Außerdem setzen wir uns für einen gerechten und solidarischen Verteilmechanismus ein, sodass alle Geflüchteten eine menschenwürdige Behandlung erfahren, während die finanziellen und organisatorischen Lasten innerhalb der Union gemeinsam und fair verteilt bewältigt werden. Bis dahin sollten Staaten, die besonders viele Geflüchtete aufnehmen, durch ein Relocation-Programm unterstützt werden, um auch kurzfristig eine bessere Balance bei der Verteilung innerhalb der EU sicherzustellen.

9) Fluchtursachen bekämpfen, Resettlement erhöhen

Deutschland leistet humanitäre Hilfe in großem Umfang, beispielsweise als zweitgrößter Geber des Welternährungsprogramms oder in den Aufnahmeländern bei der Versorgung der Geflüchteten. Unser Engagement in diesem Bereich müssen wir noch weiter verstärken, insbesondere müssen wir auch die Aufnahmeländer im Bereich der Anrainerstaaten vor allem mit humanitärer Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit unterstützen und finanziell fördern.

Die Ausstattung internationaler Flüchtlingslager und die Einhaltung menschenrechtlicher Standards wollen wir auf europäischer Ebene fundamental stärken. Über ein größeres Engagement im Bereich des Resettlements besonders für verletzte Gruppen unter den Schutzbedürftigen sollen belastete Staaten entlastet werden. Wir wollen den Menschen vor Ort durch eine umfassende Entwicklungszusammenarbeit ein würdiges, selbstbestimmtes Leben ermöglichen und wirtschaftliche Perspektiven schaffen. Dazu gehört auch, dass in unseren wirtschaftlichen Beziehungen und entlang der globalen Lieferketten international anerkannte Menschenrechts-, Sozial- und Umweltstandards verbindlich eingehalten werden müssen. Dies ist auch in unserem eigenen Interesse: Wer gut versorgt ist, ist nicht gezwungen, sich weiter auf einen gefährlichen Weg zu begeben.

Konkrete Vorhaben im Bereich Integration

10) Integration vor Ort unterstützen

Wir wollen unser Wertefundament, die Spielregeln des Zusammenlebens in Deutschland, stärken und allen Menschen in unserem Land näherbringen. Allen Formen von Alltagsrassismus und Diskriminierung stellen wir uns konsequent entgegen. Die Leistungen der Menschen mit einer Migrationsgeschichte, die in den vergangenen 80 Jahren dieses Land mit aufgebaut haben, achten und würdigen wir. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes haben wir gestärkt. Darüber hinaus muss im Antidiskriminierungsrecht der Schutzbereich auf staatliche Diskriminierung ausgeweitet werden. Unsere Antwort ist ein entschiedenes Ja zu einer Kultur des respektvollen Miteinanders. Zu diesem Zweck setzen wir auf Programme, vor allem aber auch auf strukturelle Förderung und Schulung von demokratischem Bewusstsein und gutem Zusammenleben in Deutschland durch die Einführung eines Demokratiefördergesetzes. Die Einsetzung eines Beauftragten für Antirassismus und einer Teilhabekommission halten wir für zwingend notwendig.

Für das Miteinander stärken wir die Integrationskurse, zu denen alle bedürftigen Menschen in Deutschland – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit und ihrem Aufenthaltsstatus – Zugang haben sollen. Hierbei setzen wir auf zielgenauere, flexible und modulare Angebote und eine Diversifizierung von Integrationskursen. Durch standardisierte Angebote zur Kinderbetreuung wollen wir gewährleisten, dass berufstätige Mütter und Väter an Integrationskursen teilnehmen können. Kitas sind zentrale Orte für frühkindliches Lernen. Kleine Kinder sollen deshalb darüber hinaus unabhängig von Aufenthaltsstatus und Berufstätigkeit der Eltern die Möglichkeit erhalten, eine Kita zu besuchen.

Es ist uns gelungen, die umfassende Beteiligung des Bundes an den Integrationskosten der Länder und Kommunen seit nunmehr sieben Jahren (2015–2021) sicherzustellen. Der Bund hat Länder und Kommunen dabei bisher mit 35,4 Mrd. Euro unterstützt und wird seiner gesamtstaatlichen Verantwortung damit weiterhin gerecht. Wir erwarten, dass die Länder die notwendigen Mittel an ihre Kommunen weitergeben.

Integration ist eine Daueraufgabe, die nicht deshalb endet, weil nun weniger Geflüchtete nach Deutschland kommen. **Der Bund muss sich im Zusammenspiel mit den Ländern weiterhin angemessen an den Kosten der Integration beteiligen.**

11) Teil der Gesellschaft: Ab Tag 1

Auch für Asylsuchende ohne sogenannte gute Bleibeperspektive brauchen wir Angebote für Spracherwerb und Beschäftigung. Ob jemand in Deutschland bleiben darf oder nicht, hängt immer von den jeweiligen Umständen des Einzelfalls ab. Die pauschale Beurteilung der Bleibeperspektive entspricht keiner realitätsgerechten Prognose. Oft bleiben Asylsuchende trotz anfänglicher schlechter Bleibeperspektive länger oder gar dauerhaft bei uns. Wir verschen-

ken wertvolle Zeit, wenn wir nicht auch diese Menschen von Anfang an fördern. Daher sprechen wir uns dafür aus, die Bleibperspektive nicht zum Maßstab für Integrationsangebote und Fördermaßnahmen zu machen. **Arbeit, Spracherwerb, Bildung und Begegnungen von Anfang an sind für alle das Beste.** Das müssen wir fördern und auch einfordern. Zur Integration tragen Ganztagschulen entscheidend bei, deshalb stehen wir für ihren weiteren Ausbau. Auch eine angemessene und unkomplizierte Gesundheitsversorgung hilft bei einem guten Start. Deshalb setzen wir uns für eine flächendeckende Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Asylsuchende ein.

12) Kommunen entscheiden

Wir setzen uns dafür ein, dass Kommunen freiwillig mehr geflüchtete Menschen aufnehmen können. **Kommunen, die freiwillig Geflüchtete aufnehmen, wollen wir dabei so unterstützen, dass vor Ort alle davon profitieren.** Städte und Gemeinden, die eine besondere Bereitschaft zur Aufnahme zeigen, erhalten Kompensationsleistungen für die anfallenden sozialen Belastungen und zusätzliche Mittel zur Weiterentwicklung der lokalen Infrastruktur.

13) Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung zum Erfolg führen

Ein zentraler Integrationsmotor in unserem Land ist die Einbindung in den Arbeitsmarkt. Die verabschiedeten Gesetze im Bereich der Duldungen wollen wir mit dem Ziel prüfen, dass Menschen, die sich anstrengen, sich gut integrieren und sich nichts zuschulden kommen lassen, auch die Möglichkeit für eine echte Bleibperspektive bekommen. Wenn es bei den Personen keinen Sachgrund gegen eine Arbeitserlaubnis gibt, muss diese erteilt werden. Die Ausbildungsduldung wollen wir evaluieren mit dem Ziel, dass sie bundeseinheitlich angewendet wird. In diesem Zusammenhang muss auch die Beschäftigungsduldung entsprechend evaluiert werden.

14) Heimat erhalten und neue Heimat schaffen

Integration bedeutet: Heimat schaffen. Das Zusammenwachsen einer Gesellschaft wird aber auch gestärkt, indem Heimat und Identifikation erhalten werden. Wir fördern Heimat vor Ort mit **Förderprogrammen zum Erhalt von beispielsweise Schwimmbädern und Bahnhöfen.** Wo Menschen sich begegnen, kennenlernen und Beziehungen aufbauen, schwinden Ängste und Vorurteile. In unserer vielfältiger gewordenen Gesellschaft gibt es immer weniger Gelegenheiten der realen Begegnung aller Bevölkerungsgruppen. Für das gute Zusammenleben ist der Dialog zwischen Alteingesessenen und Neuangekommenen ebenso wichtig wie der Kulturaustausch und die kulturelle Teilhabe. Begegnungen müssen daher – z. B. im Rahmen von Dorfgemeinschaftshäusern, BürgerInnentreffs oder interkulturellen Cafés – organisiert, entsprechend unterstützt und in ihrem integrativen Ansatz gestärkt werden. Dafür braucht es ein **Bundesprogramm „Orte der Begegnung“** und Förderrichtlinien, die Vielfalt vor Ort einfordern und unterstützen.

15) 100 Quartiere

Wir unterstützen bundesweit **100 Quartiere mit besonderem Entwicklungsbedarf** auf dem Weg in eine gute Zukunft. In Vierteln, die in besonderem Maße von Unsicherheit und Armut betroffen sind, sind die von Folgen der Klima-, Sozial- und Flüchtlingspolitik am stärksten zu spüren. Rechtspopulisten nutzen diesen Umstand als vermeintlichen Beleg und Resonanzboden. Die Behauptung lautet: Staatsversagen und Zuwanderung sind das Problem. Sozialdemokratische Innenpolitik muss genau hier ansetzen, die Instrumentalisierung entlarven und den Menschen in diesen Vierteln konkret zur Seite stehen.